

BRIEF AUS DEM PLENARSAAL

08. Mai 2025

Kanzlerwahl und Gedenktag

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

der Koalitionsvertrag steht und die CDU/CSU konnte sich in vielen wichtigen Punkten durchsetzen. Mit der Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler stellen wir nicht nur den Regierungschef, sondern besetzen auch wichtige Schlüsselministerien, um endlich einen Politikwechsel in Deutschland einzuleiten. Heute wurde im Deutschen Bundestag dem Ende des 2. Weltkrieges in Europa gedacht. Außerdem gebe ich einen Überblick über unsere Vorhaben in den nächsten vier Jahren.



Foto: Tobias Koch

Friedrich Merz ist Bundeskanzler

Ein historischer Tag im Bundestag

Dienstag wurde Friedrich Merz vom Deutschen Bundestag zum 10. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland vom Deutschen Bundestag gewählt. Kurz darauf ernannte ihn der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Schloss Bellevue. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war geschlossen und konnte zeigen, dass sie bereit ist, Verantwortung für unser Land zu übernehmen.

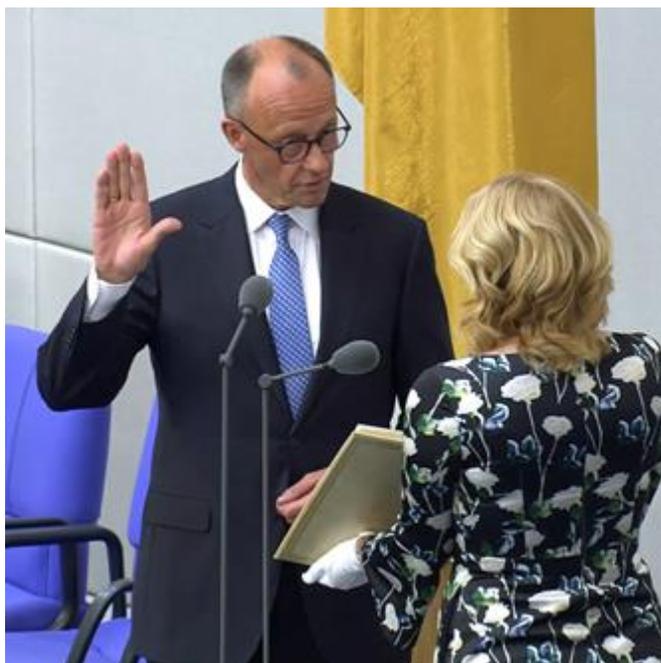
Ich wünsche unserem neuen Bundeskanzler Friedrich Merz alles Gute und viel Erfolg. Die nächsten Monate und Jahre werden herausfordernd. Jetzt geht es darum, gemeinsam anzupacken, die Probleme zu lösen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu bestätigen.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind groß. Wirtschaftliche Erneuerung, stabile Energieversorgung, Stärkung der inneren Sicherheit und der Schutz unserer demokratischen Ordnung erfordern klare Prioritäten, entschlossenes Handeln und ein offenes Ohr für die Anliegen der Menschen.

Im Anschluss an die Kanzlerwahl hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auch die

Ministerinnen und Minister der neuen Koalitionsregierung ernannt.

Damit ist unser neues Kabinett im Amt. Jetzt beginnt die Arbeit. Unser Ziel ist es, das Land zu stärken und eine Politik zu gestalten, die den Menschen wieder Vertrauen und Zuversicht gibt.



Gedenken an 80 Jahre Kriegsende

Ein Tag der Erinnerung, Verantwortung und Hoffnung

Heute jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa zum achtzigsten Mal. Dieses Datum ist ein Tag des Gedenkens und der Besinnung. Es mahnt uns, an die Millionen Opfer von Krieg, Gewalt und Terror zu erinnern. Es erinnert uns daran, dass Frieden, Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind, sondern täglich verteidigt, geschützt und mit Leben gefüllt werden müssen.

Der 8. Mai 1945 markierte nicht nur das Ende eines beispiellosen Krieges und einer menschenverachtenden Diktatur. Er stand auch für den Anfang eines mühsamen und langen Weges, auf dem aus Trümmern und Schuld ein neues, friedliches und demokratisches Deutschland wachsen konnte. Aus den bitteren Erfahrungen von Unrecht und Zerstörung erwuchs der feste Wille, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und eine Gesellschaft aufzubauen, die auf Recht, Freiheit und der Achtung der Menschenwürde gründet.

Die Geschichte nach 1945 ist eine Geschichte der Versöhnung und des Wiederaufbaus. Die Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich zu einem verlässlichen Partner in Europa und in der Welt. Die europäische Einigung, die Gründung demokratischer Institutionen und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Grundlagen schufen ein Fundament, auf dem Generationen in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können.

Aus dem Geist des Neuanfangs heraus wurde auch die Christlich Demokratische Union gegründet. Sie war eine Reaktion auf die ideologische Spaltung und den moralischen Zusammenbruch der NS-Zeit. Ihr Ziel war es, Menschen unterschiedlicher Herkunft und Überzeugung in einer Volkspartei der Mitte zu vereinen. Der Gedanke, die politische Kultur auf dem Fundament christlicher Werte, persönlicher Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung neu zu gestalten, ist bis heute prägend.

Das Gedenken an das Ende des Krieges ist untrennbar verbunden mit der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und an die unermessliche Schuld, die durch die Herrschaft von Terror und Unterdrückung entstanden ist. Zugleich ist es ein Tag, an dem wir dankbar auf den Weg der vergangenen acht Jahrzehnte blicken, auf die Erfolge von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und internationaler Zusammenarbeit.

Der 8. Mai ist ein Tag, der uns mahnt, wachsam zu bleiben. Die Erinnerung an die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte darf nicht verblasen. Sie verpflichtet uns, für Frieden, für die Würde des Menschen und für die Freiheit einzutreten. In einer Zeit, in der wir wieder erleben, wie Kriege in Europa und weltweit Leid und Zerstörung bringen, ist diese Verantwortung aktueller denn je.



Foto: Deutscher Bundestag



Unser Politikwechsel für die Wirtschaft und Arbeit!

1. Politikwechsel für die Wirtschaft – Entlastung, Investitionen, Wachstum

Mit dem neuen Maßnahmenpaket ist ein grundlegender Politikwechsel für die Wirtschaft vorgesehen. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen gezielt entlastet werden, damit sich Leistung wieder lohnt und Investitionen attraktiver werden. Geplant ist ein Investitions-Booster mit einer degressiven Abschreibung von 30 Prozent auf Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2025 bis 2027. Ergänzend ist eine schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer ab dem 1. Januar 2028 um jeweils einen Prozentpunkt vorgesehen. Das Optionsmodell und die Thesaurierungsbegünstigung sollen verbessert werden, um insbesondere mittelständische Unternehmen zu stärken.

Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen profitieren. Es ist vorgesehen, die Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen zur Mitte der Legislaturperiode zu senken. Unternehmen und Verbraucher sollen dauerhaft bei den Energiekosten entlastet werden. Geplant ist, die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zu senken und Umlagen sowie Netzentgelte zu reduzieren. Dadurch soll eine spürbare Ersparnis von mindestens fünf Cent pro Kilowattstunde erreicht werden.

Ein nationales Sofortprogramm für den Bürokratierückbau wird angestrebt, um die Bürokratiekosten der Wirtschaft bis Ende 2025 um 25 Prozent zu senken. Außerdem ist die Abschaffung des nationalen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vorgesehen, da es insbesondere kleinere Betriebe unverhältnismäßig belastet.

Auch die Landwirtschaft soll durch die Wiedereinführung der Agrardieselmrückvergütung entlastet werden.

2. Arbeitsmarkt, Rente und Familie – Anreize schaffen, Eigenverantwortung stärken

Zur Fachkräftesicherung ist die Einrichtung einer digitalen Work-and-Stay-Agentur geplant, die die Verfahren für die Fachkräftezuwanderung verbessern soll.

Das bisherige Gebäudeenergiegesetz soll durch ein technologieoffenes und praxistaugliches Konzept ersetzt werden.

Auch in der Sozialpolitik ist eine Neuausrichtung beabsichtigt. Das Bürgergeld soll abgeschafft und durch eine neue Grundsicherung ersetzt werden, die stärker auf Vermittlung in Arbeit ausgerichtet ist. Bei Verweigerung zumutbarer Angebote sollen konsequente Sanktionen greifen. Zudem ist die Einführung einer Aktivrente geplant, mit der bis zu 2.000 Euro monatlich steuerfrei hinzuverdient werden können. Überstundenzuschläge bei Vollzeitarbeit sollen künftig steuerfrei bleiben. Mehr Flexibilität soll durch die Umstellung der täglichen auf eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit geschaffen werden, was sowohl Familien als auch Betrieben zugutekommen könnte.



„Gerade die Wiedereinführung der Agrardieselmrückvergütung ist für Brandenburg als Agrarland enorm wichtig“



Unser Politikwechsel für die Innenpolitik!

3. Innere Sicherheit – Mehr Schutz für alle Menschen im Land

Alle Menschen in Deutschland sollen sich im Alltag sicher fühlen können. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die Sicherheitsbehörden mit modernen Werkzeugen ausgestattet werden. Die Bundespolizei soll künftig IP-Adressen und Portnummern für drei Monate speichern dürfen und zur Bekämpfung schwerer Straftaten Quellen-Telekommunikationsüberwachung einsetzen. Für Gewalttäter gegen Frauen ist die Einführung einer elektronischen Fußfessel vorgesehen.

Der strafrechtliche Schutz von Polizisten, Rettungskräften und Angehörigen der Gesundheitsberufe soll verschärft werden. Der Kampf gegen organisierte Kriminalität und Clans wird intensiviert. Vorgesehen ist eine vollständige Beweislastumkehr beim Einziehen von Vermögen unklarer Herkunft.

4. Migration – Ordnung schaffen, Verfahren beschleunigen, Missbrauch beenden

In der Migrationspolitik ist ein grundlegender Kurswechsel geplant. Wir wollen an den Staatsgrenzen in Abstimmung mit den Nachbarstaaten künftig auch bei Asylgesuchen Zurückweisungen durchführen. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte soll für zwei Jahre ausgesetzt werden.

Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten soll erweitert werden. Insbesondere um Staaten mit dauerhaft niedriger Anerkennungsquote. Rückführungen sollen konsequenter umgesetzt werden, unter anderem durch den Ausbau von Abschiebehaft, die Zentralisierung der Zuständigkeiten beim Bund und eine Stärkung der Bundespolizei. Herkunftsstaaten sollen durch Visa-Vergabe, Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftliche Anreize stärker zur Rücknahme ihrer Staatsangehörigen bewegt werden.

Wir wollen die sogenannte Turbo-Einbürgerung nach drei Jahren abschaffen. Der deutsche Pass soll künftig am Ende gelungener Integration stehen. Für ausreisepflichtige Personen sollen künftig bundesweit einheitliche und strengere Vermögensprüfungen gelten. Flüchtlinge aus der Ukraine, die nach dem 1. April 2025 einreisen, sollen wieder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sollen unter bestimmten Voraussetzungen wieder ermöglicht werden. Für gefährliche Straftäter, die nach Verbüßung ihrer Haft nicht freiwillig ausreisen, könnte ein dauerhafter Ausreisearrest angeordnet werden. Auf europäischer Ebene wird ein restriktiverer Kurs angestrebt, unter anderem durch die Auslagerung von Asylverfahren und Rückführungszentren in Drittstaaten außerhalb der EU.



Unser Politikwechsel für die Außenpolitik!

5. Äußere Sicherheit – Deutschlands Wehrfähigkeit stärken

Die Sicherheitsstrukturen des Bundes sollen modernisiert werden. Der Bundessicherheitsrat soll zu einem Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt weiterentwickelt werden. Die Verteidigungsausgaben sollen steigen, klar ausgerichtet auf die vereinbarten Ziele innerhalb der NATO. Um die Truppe zu stärken, ist die Einführung eines freiwilligen Wehrdienstes vorgesehen. Das Modell orientiert sich am schwedischen Ansatz und soll neue Zielgruppen für die Bundeswehr erschließen.

6. Verwaltung, Digitalisierung und Generationengerechtigkeit – Handlungsfähigkeit sichern

Ein neuer Bund-Länder-Pakt soll dafür sorgen, dass Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren schneller und effizienter ablaufen. Verwaltungsleistungen sollen künftig digital über eine zentrale Plattform gebündelt werden.

Unternehmensgründungen sollen durch eine digitale Anlaufstelle innerhalb von 24 Stunden ermöglicht werden.

Durch eine Investitions-, Steuer- und Entbürokratisierungsoffensive soll der Wohnungsbau gezielt gefördert werden. Die Bundestagsverwaltung soll bis 2029 mindestens acht Prozent an Personalkosten einsparen. Die Zahl der Bundesbeauftragten soll halbiert werden. Neue Ideen sollen künftig durch Experimentierklauseln in Gesetzen und bürokratiefreie Pilotprojekte leichter erprobt werden können.

Mit der Einführung der Frühstart-Rente ist ein langfristiger Impuls für mehr Generationengerechtigkeit geplant. Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 18 Jahren, die in Deutschland eine Schule oder Kita besuchen, sollen monatlich zehn Euro auf ein Vorsorgekonto für ihre spätere Altersversorgung erhalten.

